Economiesuisse will neueste SVP-Initiative im Keim ersticken

«Fremde Richter» Selbstbestimmungsinitiative sei gefährlicher als jene gegen Masseneinwanderung

VON FLORIAN BLUMER

«Wir sind eine wirtschaftsfreundliche Partei.» Diesen Satz wurde Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz, nicht müde zu betonen, als er gestern in Bern die Selbstbestimmungsinitiative mit Parteikollegen einreichte. Offensichtlich wurden die Urheber der Initiative gegen «Fremde Richter» von der ungewöhnlich frühen und heftigen Kritik vonseiten der Wirtschaft überrascht. Jan Atteslander, Geschäftsleitungsmitglied von Economiesuisse, warnte am Morgen in der «NZZ» überraschend deutlich vor der neuesten SVP-Initiative, die verlangt, dass Schweizer Recht in jedem Fall – ausser bei zwingendem Völkerrecht, also zum Beispiel bei Genozid oder Angriffskrieg – vor Völkerrecht gilt (siehe auch «Nachgefragt» rechts).

«Mit der Umsetzung der Initiative wären Hunderte von Wirtschaftsverträgen gefährdet. Mir graut vor dieser Vorstellung.»
Jan Atteslander
Economiesuisse

Gegenüber der «Nordwestschweiz» verschärfte Jan Atteslander am Nachmittag den Ton noch einmal. Der Vertreter des Wirtschaftsdachverbands warnt: «Die Selbstbestimmungsinitiative ist gefährlicher für die Wirtschaft als die Masseneinwanderungsinitiative.»

Vor allem KMU betroffen

Parteistratege Christoph Blocher nannte Atteslander zuvor an der SVP-Medienkonferenz einen «Wirtschaftsbürokraten» und relativierte, dass die Kritik «vielleicht für ganz grosse, international tätige Firmen» gelte. Und Albert Rösti ergänzte, die Tatsache, dass «die Intelligenzija» nun reagiere, sei eben gerade ein Zeichen dafür, dass es die Initiative brauche.

Was auch immer Rösti damit meinte: Wirtschaftsvertreter Jan Atteslander reagiert gelassen auf die Angriffe. Er sehe es nicht als Nachteil, dass er sich seit den 80er-Jahren mit Wirtschaft und Aussenhandelspolitik auseinandersetze. Und auf Blochers Zeit als Bundesrat anspielend, sagte Atteslander, er habe im Gegensatz zum SVP-Strategen nur ein Jahr als Student in der Bürokratie der Bundesverwaltung gearbeitet.

Viel mehr als um die persönlichen Angriffe geht es Jan Atteslander aber um die inhaltliche Kritik. Und die hat es in sich. So warnt er: «Hunderte von internationalen Wirtschaftsverträgen wären potenziell gefährdet. Mir graut vor dieser Vorstellung.» Die Kritik, dass es ihm nur um Grosskonzerne gehe, lässt er nicht gelten: In der Schweiz gebe es um die 5000 Unternehmen, die im Ausland mit eigenen Tochtergesellschaften tätig seien – die überwiegende Zahl von ihnen seien KMU. Und gerade die kleineren Schweizer Unternehmen seien darauf angewiesen, dass auch sie einen guten Marktzugang haben und nötigenfalls ihre Ansprüche einklagen können, etwa bei Enteignungen.



Präsident Albert Rösti, Oskar Freysinger und weitere SVPler sind guten Mutes für ihre Initiative – trotz harscher Kritik. PETER SCHNEIDER/KEY

Austritt aus der WTO?

Internationale Abmachungen, so Atteslander weiter, müssten «auf Augenhöhe» geschehen: «Wir können von der WTO nicht verlangen, dass sie einfach Schweizer Recht übernimmt.» Er mache sich denn auch grosse Sorgen um die Beziehungen zur Welthandelsorganisation: «Nehmen wir an, wir haben einen Widerspruch zwischen der Bundesverfassung und der WTO, wie es zum Beispiel bei der Volksinitiative Ernährungssouveränität der Fall wäre: Wir könnten das Abkommen nicht mit allen 163 Mitgliedern neu aushandeln. Wir müssten aus der WTO austreten – der Organisation, auf der das ganze Weltwirtschaftssystem basiert. Dann viel Spass.»

Das Argument der Initianten, dass die direkte Demokratie in der Schweiz für stabile Verhältnisse und so für ein gutes wirtschaftliches Umfeld sorge, unterstützt Jan Atteslander: «Wir führen wohl genügend Abstimmungskampagnen, um zu zeigen, dass wir aktiv hinter unserer direkten Demokratie stehen – wir sagen daher schon jetzt, wie sich diese Initiative auf die Wirtschaft auswirken wird: nämlich sehr negativ.»

NACHGEFRAGT

«Wir würden zu einem unzuverlässigen Partner»

INTERVIEW: FLORIAN BLUMER

Die SVP sagt, es habe ein «Staatsstreich» stattgefunden: Früher habe man mit einem Volksentscheid internationales Recht korrigieren können, heute sei das nicht mehr so.
Bernhard Ehrenzeller: Das stimmt so nicht. Das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht ist in unserer Verfassung nicht klar geregelt, es muss im Einzelfall bestimmt werden. Das Bundesgericht hat aber in mehreren Urteilen festgehalten, dass im Grundsatz Völkerrecht vorgeht. Ich finde das korrekt, weil im Sinne unserer Verfassungstradition.

BERNHARD EHRENZELLER



Der Jurist ist Professor für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen.

Die Initianten geben an, sie wollten die Menschenrechtskonvention nicht kündigen und hätten zwingendes Völkerrecht wie Genozid oder Angriffskrieg explizit ausgenommen. Beruhigt Sie das nicht?
Nein. Der grosse Teil der Menschenrechte fällt nicht unter das zwingende Völkerrecht, so zum Beispiel die Versammlungs- oder die Meinungsäusserungsfreiheit. Somit wäre in zahlreichen Fällen ein Konflikt mit der EMRK nicht zu vermeiden. Dann bliebe uns nichts anderes übrig, als die Menschenrechtskonvention zu kündigen. Das steht ausdrücklich im Initiativtext.

SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt sagte, dass Deutschland kürzlich in einem Fall eigenes Recht vor internationales Recht setzte – ihre Initiative also gar nichts Unübliches verlange.
Auch in der Schweiz geht man davon aus, dass in Einzelfällen das Verfassungsrecht vorgehen kann. Dass man aber sagt, dass das in allen Fällen so ist, das wäre international einmalig. Genauso, wie wenn man sagen würde, Völkerrecht geht immer vor. Das macht auch kein Staat. Es wäre unklug, diesen Spielraum aufzugeben.

Was wäre denn so schlimm daran, wenn in der Schweiz im Zweifelsfall das Verfassungsrecht gälte?
Das wäre nicht per se schlimm. Aber es würde uns zu einem unzuverlässigen Verhandlungspartner machen. Mit der Initiative könnten sich unsere Partner nicht mehr sicher sein, ob eine eingegangene Vertragsverpflichtung nicht später per Volksabstimmung wieder für ungültig erklärt würde. Das geht doch nicht. Das würden wir umgekehrt auch nicht akzeptieren.

NACHRICHTEN

SP SCHWEIZ

«Wirtschaftsdemokratie» statt Kapitalismus

Die SP will an einem Parteitag im Dezember ein Positionspapier zur «Wirtschaftsdemokratie» verabschieden. Laut Entwurf wird darin an der Überwindung des Kapitalismus festgehalten. Für Parteipräsident Christian Levrat sind die darin aufgestellten 20 Forderungen zudem ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur 2010 auf Antrag der JUSO im Parteiprogramm verankerten «Überwindung des Kapitalismus». (SDA)

GESUNDHEITSWESEN

Durchfall kostet jährlich 50 Millionen Franken

Magen-Darm-Erkrankungen belasten das Schweizer Gesundheitswesen mit jährlich 50 Millionen Franken. Das zeigen Schätzungen einer Studie des Tropen- und Public-Health-Instituts in Basel. Pro Jahr suchen demnach 300 000 bis 700 000 Patienten deswegen einen Arzt auf. (SDA)

An Schulen fehlen vor allem Heilpädagogen

Schulstart Alle Lehrerstellen sind besetzt. Dennoch klagen Schulen über Personalsorgen.

In der Schweiz bilden sich zwar wieder mehr Menschen zu Lehrerinnen und Lehrern aus und ausländische Lehrkräfte unterrichten in Schweizer Schulzimmern. Und so heisst es auch jetzt wieder wie jedes Jahr zum Schuljahresbeginn: Alle Lehrstellen besetzt. Für den Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) täuscht die Entwarnung der Kantone jedoch über eines hinweg: «Es gibt Stufen und Fächer, in denen man eine Lehrkraft einstellen muss, ohne auswählen zu können», sagt LCH-Präsident Beat Zemp. Und: Der Lehrermangel sei nicht nachhaltig beseitigt. Ausgewiesen ist laut Zemp ein Mangel an Heilpädagogen und Heilpädagoginnen. «Grund ist die integrative Schulung von Kindern mit Beeinträchtigungen.» Heilpädagogen begleiten und unterstützen diese Kinder in der Regelklasse. «Fehlt der Heilpädagoge oder die Heilpädagogin, wird es für die Regel-Lehrkraft schwieriger», so Zemp.

Nachfragen in den Kantonen Zürich oder Basel-Stadt bestätigen den Heilpädagogen-Mangel. Eine Ausnahme – obwohl die Besetzung der offenen Stellen ebenfalls schwierig war – scheint St. Gallen.

Eine andere Belastung ortet die Westschweizer Lehrergewerkschaft für Lehrkräfte im zunehmenden Bürokram. Der Verband fordert daher eine Reduzierung der administrativen Arbeiten. Dadurch fehle schliesslich Zeit zum Unterricht. Laut LCH-Präsident Beat Zemp sind diesbezüglich aber auch die Eltern gefordert: «Weil Eltern alles hinterfragen und zuweilen auch mit dem Anwalt drohen, müssen die Lehrkräfte sich besser dokumentieren und absichern.» (SDA)

Streit um Ärztetarif

Spitalverband setzt Kündigung aus

Der Spitalverband H+ hat die Kündigung des Ärztetarifs Tarmed bis Ende Jahr aufgeschoben. Er gab damit einer Bitte des Bundesrates nach. «Wir sind bereit, den alten Tarif bis zur Einführung der neuen Struktur weiter anzuwenden», sagte H+-Direktor Bernhard Wegmüller. Geplant sei, den neuen Ärztetarif 2018 in Kraft treten zu lassen, bestätigte Wegmüller einen Bericht der «Berner Zeitung».

Der Spitalverband hatte den Tarmed im Juni auf Ende Jahr gekündigt. Zugleich reichte H+ seinen mit dem Ärzteverband FMH, den Unfallversicherern und dem Krankenkassenverband Curafutura erarbeiteten Tarifvorschlag beim Bund ein. Dies, obwohl Curafutura und FMH bereits aus dem Projekt ausgestiegen waren und der grösste Krankenkassenverband, Santésuisse, nie mitgemacht hatte. Darauf machte der Bundesrat Druck, sonst lege er den Tarif selber fest. (SDA)

Aufgeschnappt

Abschreiben mit Vogt



Wenn Politiker bei sich selbst abschreiben: In seiner Argumentation für die Selbstbestimmungsinitiative wiederholte der Zürcher SVP-Nationalrat und Rechtsprofessor **Hans-Ueli Vogt** gestern an der Medienkonferenz eins zu eins, was er schon am selben Tag in einem Text für die «Neue Zürcher Zeitung» schreiben durfte. Es irritierte deshalb gleich doppelt, als Vogt das schweizerische Volk lobte, wie es «die Freiheit des Einzelnen gegenüber einem immer stärkeren Staat» verteidige und «für einen friedlichen Umgang mit Minderheiten» sorge – gleichzeitig aber skeptisch sei gegenüber «falsch verstandener religiöser Vielfalt». Was, bitte, haben wir da falsch verstanden? Dass «Vielfalt» gar nichts mit «viel» zu tun hat? Sondern eigentlich Einfalt bedeutet? Herr Professor, das müssen Sie uns bitte noch einmal genauer erklären. (FER)